



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 376 54-59  
Fernschreiber 039 890

P/VII/55 - 6.5 1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

Die Sowjetzone - kein Spekulationsobjekt	S. 1
Frankreich und der Neutralismus	S. 3
"Antimarxismus" - der Kampfruf gegen die SPD	S. 5
<u>Anhang: Schumacher-Fede im Südwestfunk</u>	

## Spekulationen um den "Tag X"

F.F. Wenn äußere Anzeichen immer erlaubten, konkrete Schlüsse auf Entwicklungen zu ziehen, die in absehbarer Zeit bevorstehen, dann deutet zurzeit mancherlei darauf hin, daß die Wiedervereinigung Deutschlands in den letzten Monaten ein ganzes Stück näher gerückt ist. Und dies, obwohl die Bundesregierung von sich aus zur Lösung dieser nationalpolitischen Aufgabe Nummer eins, wie jedermann weiß, nicht sonderlich viel an Initiative und Aktivität beigetragen hat.

Trotzdem wehren sich in freierwilligen Bereich Deutschlands die Anzeichen zunehmenden Interesses für den "Tag X", den Tag der Wiedervereinigung. Nicht alle diese Erscheinungen sind erfreulicher Natur. Insbesondere die Spekulanten und Geschäftemacher unter den sich verstärkt regenden Interessengruppen, die neuerlich ihre Aufmerksamkeit den heutigen und künftigen Verhältnissen in der Ostzone widmen, verdienen straff am Zügel gehalten zu werden, damit die Befreiungstunde für die seit fast sieben Jahren von der Sowjetknete gequälten Bewohner Mitteldeutschlands nicht zu einem weiteren Akt schamloser Auspowerung wird. Es gibt so mancherlei Interessentenkreise, die sich schon heute ausmalen, wie sie für teures Geld ihre im Westen nicht mehr absetzbaren Ladenhüter eines Tages der warenhungrigen

Bevölkerung der Ostzone aufdrahen können.

Auch die westdeutsche Schwerindustrie und die Großbanken widmen sich in letzter Zeit zunehmend Wirtschaftsforschungen, die den ökonomischen Status der Sowjetzone zum Inhalt haben. Der Flick-Konzern beispielsweise ist auf diesem Gebiet sehr aktiv. Und es gibt leider auch Bundesbehörden, die solchen Konzernen bei deren "rechtzeitigen Bemühungen" um die Restitution ihrer einstigen Unternehmensteile in der Ostzone nach Kräften behilflich sind.

In einer Vielzahl von mehr oder weniger anonymen "Arbeitskreisen" und Organisationen unterschiedlichster Färbung werden derzeit Rezepte für den Tag der Wiedervereinigung ausgebrütet. Überall werden Patentlösungen angeboten, Phantasieelcsigkeit und arge Unkenntnis der Fakten sind ihre wesentlichsten Merkmale. Jene Gremien politischer, wirtschaftlicher oder wissenschaftlicher Prägung dagegen, die schon seit Jahren gründlich mit den Problemen ringen und allein befugt erscheinen, ernstzunehmende konkrete Anregungen zu geben, was bei der Wiederherstellung der deutschen Einheit vordringlich geschehen muß, üben weise Zurückhaltung. Die Zahl der wirklich kompetenten Sachkenner ist nicht allzu groß. Da aber die Plausenmacher durch ihre falsche und von Interessentenklüngeln dirigierte und finanzierte aufdringliche Aktivität allerlei Verwirrung stiften, erscheint es an der Zeit, sie deutlich zurück- und zurechtzupfeifen. Die Ostzone ist kein Spekulationsobjekt und darf es nie werden.

Bezeichnend für die mancherlei Spekulationen, die heute im Hinblick auf die Wiedervereinigung angestellt werden, ist auch der Versuch, eine sogenannte Exil-LDP ins Leben zu rufen. Einige ehrgeizig- und in der Sowjetzone gescheiterte Politiker minderen Ranges und einige wirtschaftliche Interessentengruppen hielten vor einigen Monaten die Zeit für gekommen, sozusagen "vorbriefte Rechte" auf die künftige Mitgestaltung eines freigewordenen Mitteledeutschland schon jetzt anzumelden. Auch diese Opportunisten entdecken plötzlich, wie viele andere neben ihnen, die Notwendigkeit, Konzepte für den Tag X zu entwerfen, sich rechtzeitig einzuschalten und mit unerbetteten Ratschlägen hausieren zu gehen. In der Sowjetzone selbst verfolgt man solche Bemühungen mit äußerstem Mißtrauen. Hier wird man später einmal sehr genau zwischen der Arbeit aus ernster Verantwortung und egozentrischer Betriebsamkeit unterscheiden.

Der französische Neutralismus

A.F. - Paris

Amerikanischen Diplomaten in Paris gegenüber soll General de Gaulle seine jüngste antiamerikanische Rede mit der Notwendigkeit erklärt haben, auf die in der französischen öffentlichen Meinung stark vertretenen neutralistischen Strömungen Rücksicht nehmen zu müssen.

Aller Wahrscheinlichkeit nach täuschte sich der General nicht in der Beurteilung der Gefühle der öffentlichen Meinung. Die Amerikaner sind in Frankreich nicht beliebt. Ihr Temperament läßt sich schwer mit den französischen Lebensvorstellungen vereinbaren. Die Quelle des französischen Neutralismus sitzt jedoch viel tiefer und ist unabhängig von Sympathien oder Antipathien. Die neutralistischen Wellen sind übrigens starken Schwankungen unterlegen. Sie erreichen ihren Höhepunkt in international verhältnismäßig ruhigen Augenblicken und verschwinden fast von der Oberfläche im Zeitpunkt erheblicher Spannungen. Nach Beginn des Konfliktes in Korea war der französische Neutralismus kaum noch fühlbar. Seitdem, mit Recht oder Unrecht, die politische und die öffentliche Meinung Frankreichs von der Vertagung der akuten Kriegsgefahr auf unbestimmte Zeit überzeugt ist, leistet man sich den Neutralismus wieder in stärkerem Ausmaße.

Über die letzte Wahl zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten sind sich selbst die verbissenen Neutralisten, deren Sprachrohr die Zeitschrift "L'Observateur" ist, durchaus einig. Im entscheidenden Augenblick hoffen sie, den Weg ins amerikanische Lager offen zu finden, da sie sich über ihr Schicksal im Falle eines sowjetischen Triumphes kaum Illusionen machen. Solange jedoch diese letzte Entscheidung vermieden werden kann, möchte man in Frankreich, mehr gefühlsmäßig als politisch, soweit es die Verhältnisse gestatten, dem Osten und dem Westen gegenüber einigermaßen unabhängig bleiben.

Politisch gesehen ist der französische Neutralismus kein

einheitliches Gebilde. Er besteht aus zahlreichen Richtungen, die kaum miteinander vereinbar sind. Auszuschalten sind zunächst die Parakommunisten, die im Dienste der Sowjetunion arbeiten und infolgedessen nicht als neutral zu bezeichnen sind. Die anderen lehnen ehrlich jeden Flirt mit Moskau ab. An die Wiederbelebung des sowjetisch-französischen Freundschaftspaktes des Jahres 1945 denkt in neutralistischen Kreisen niemand ernstlich. Während der linke Flügel, wenn man sich so ausdrücken darf, eine uneingeschränkte französische Selbständigkeit bis zur bewaffneten Neutralität anstrebt, ist der rechte Flügel in gewissen Grenzen zur Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten in der atlantischen Gemeinschaft bereit, unter Bewahrung eines Mindestmaßes französischer Handlungsfreiheit.

Erstaunlicherweise spielt der europäische Gedanke in der neutralistischen Bewegung nur eine untergeordnete Rolle. Allein eine Minderheit empfiehlt als Lösung für die Bewahrung der europäischen Selbständigkeit den Zusammenschluß der europäischen Staaten. Die eigentlichen Träger des Europagedankens in Frankreich lehnen in ihrer überwiegenden Mehrheit die neutralistischen Spekulationen ab. In diesem Widerspruch liegt nach Ansicht der Beobachter die größte Schwäche des französischen Neutralismus, der damit in negative Eigenbrödelei ausartet.

Eine politische Gefahr braucht vorläufig im französischen Neutralismus nicht gesehen zu werden. Dazu ist er zunächst viel zu uneinheitlich und auch viel zu gefühlsmäßig fundiert. In der Masse dürfte er zudem weniger stark verwurzelt sein, als in den Gehirnen der Intellektuellen. Die Ablehnung des Sowjetregimes ist in Frankreich doch viel stärker als es die Wahlergebnisse erkennen lassen. Ein französisches Institut der Meinungsbefragung stellte unlängst den gleichen Personen zwei Fragen. Als Antwort erklärten 30 v.H., sie würden kommunistisch wählen, aber nur 13 v.H. wünschten den Sieg der Sowjetunion im Falle eines neuen Weltkonfliktes.

Am 16. März findet im Bundestags-Wahlkreis 31 (Harz) die Nachwahl für den verstorbenen SPD-Abgeordneten Stopprich statt, der 1949 35,7 v.H. aller abgegebenen Stimmen erreichte; bei den Landtagswahlen im Mai 1951 war der SPD-Anteil sogar auf 38,1 v.H. gestiegen. Das erlaubt der SPD als einziger der großen Parteien, mit offenem Visier in die Arena zu steigen, d.h. einen eigenen Kandidaten aufzustellen. Es ist der 51jährige Maschinenbaumeister Felix Kraft aus Göttingen.

Von dem Tag an, da die Nachwahl ausgeschrieben wurde, zog die Niederdeutsche Union (DP plus CDU) ihren im November 1950 gescheiterten Plan einer "antimarxistischen" Einheitsfront aus der Schublade und propagierte einen gemeinsamen bürgerlichen Kandidaten. Die Aussichten der Bonner Parteien sind nach den Landtagswahlen von 1951 mit einem Rechenstift abzutasten: NU 20,6 v.H. (1949 33,5 v.H., FDP 12,3 (12,7) v.H., zusammen also 32,9 v.H. gegenüber 38,1 v.H. der SPD. In dieser Situation appellierte die NU an den bürgerlichen Flügel des BHE und erreichte, daß diese Partei (bei den Landtagswahlen 15,6%) auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichtete. Der Landesvorstand des auf Landesbasis mit der SPD zusammenarbeitenden BHE versprach absolute Neutralität, die örtlichen Verbände sprachen sich offiziell für den bürgerlichen Kandidaten aus. Nun nannte die NU ihren Kandidaten, den DP-Mann Hans Joachim Fricke aus Goslar, mit dem Zusatz, daß sich auch FDP und BHE auf diesen Mann geeinigt hätten. Arthur Stegner, Landesvorsitzender der FDP Niedersachsens reagierte rasch und bündig: "Stimmt nicht. Wir wollen keinen eigenen Kandidaten auf, aber wir haben uns nicht auf den DP-Mann geeinigt". Auch der BHE-Landesvorstand reagierte: Wir haben uns keineswegs auf Fricke geeinigt, sondern haben unserer Anhänger die Wahl freigestellt. Zwischen den Zeilen wird allerdings nicht verheimlicht, wohin man die BHE-Sympathien gelenkt wissen möchte.

Trotz dieser subtilen Unterscheidungen, die immerhin auf die DP-Politik ein bezeichnendes Licht werfen, ist nicht zu verheimlichen, daß der SPD-Kandidat einen schweren Stand haben wird, weil er allein gegen vier Parteien kämpft und, gemessen an den Landtagswahlen, mindestens zehn v.H. an Stimmen aufholen müßte. Das ist bei dem an sich schon hohen Anteil der SPD ein schwieriges Unterfangen, daß es trotzdem gewagt wird, zeugt von der Zuversicht der SPD. KP und SRP stellen ebenfalls eigene Kandidaten auf, da beide Parteien aber bei der Landtagswahl zusammen kaum elf v.H. der abgegebenen Stimmen aufgebracht haben, fallen diese Kandidaturen nicht ins Gewicht. Es wird stärker als bisher bei allen Bundestags-Nachwahlen eine Auseinandersetzung zwischen Sozialisten und Bürgerlichen sein, also ein etwas gekünstelter und darum unechter Probefall für ein Zweiparteiensystem.

Die FDP hat bei den Landtagswahlen alle Fusionsangebote zurückgewiesen; das Wahlergebnis hat die Richtigkeit dieser Politik bestätigt und die FDP hat es daher nicht sonderlich notwendig, erneut ihre Stabilität unter Beweis zu stellen. Daß aber der BHE sich scheut, die Nachwahl als Stimmungsbarometer zu benutzen, ist bedenklich, zumal gerade der Harz mit seinen vielen kümmerlich lebenden Vertriebenen ein Testfall für die BHE-Politik sein könnte. Der BHE ist weder so alt, noch kann er mit so greifbaren Erfolgen aufwarten, daß er auf Prüfungen, wie sie Bundestags-Nachwahlen sind, verzichten kann. Andererseits liegt darin, daß die BHE-Führung den Vertriebenen zumutet, einen Mann zu wählen, der ausgerechnet von der DP kommt, eine Chance für die SPD.

Verantwortlich: Peter Raunau